

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Verlängerung der Berufungsfrist bei Bescheiden des Steiermärkischen Behindertenhilfegesetzes

GR. **Hohensinner** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Voriges Jahr ist das neue Steiermärkische Behindertenhilfegesetz in Kraft getreten. Das Resultat ist ein sehr modernes Gesetz, doch gibt es einige Mängel, die Menschen mit einer Behinderung leider noch immer behindern! Der 2. Landeshauptmannstellvertreter, Dr. Kurt Flecker, wird in Kürze eine Novellierung dieses Materiengesetzes durchführen.

Ein wesentlicher Kritikpunkt, den es zu beseitigen gilt, ist:

Rechtsmittel gegen Bescheide aufgrund des gegenständlichen Materiengesetzes sind innerhalb der zweiwöchigen Frist des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes, kurz AVG, zu erheben.

Dies stellt eine zu kurze Berufungsfrist dar, weil Menschen mit einer Behinderung oft in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und für Menschen mit einer Lernschwierigkeit der Text eines Bescheides nur schwierig zu erfassen ist, diese dafür oftmals eine Beratung in Anspruch nehmen müssen. Insofern ist eine Verlängerung dieser Frist absolut notwendig.

Namens der Fraktionen von ÖVP, SPÖ, KPÖ, GRÜNE und FPÖ stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge an den Steiermärkischen Landesgesetzgeber mit dem Ersuchen heran treten, die Berufungsfrist im Steiermärkischen Behindertengesetz auf vier Wochen festzuschreiben (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Grund der Initiative von Landesrat, damals Landesrat, Dr. Kurt Flecker ist ein neues, modernes, vielversprechendes Behindertengesetz entstanden, das wirklich vorzeigenswert ist in Gesamtösterreich. Wie es bei jedem Gesetz eigentlich der Fall ist, kommt es von Zeit zu Zeit zu Evaluierungen. Man schaut nach, ob das Gesetz tatsächlich am tatsächlichen momentan gültigen Stand auch ist. Es kommt zu Novellierungen und das ist gerade jetzt der Fall. Damals als das neue Behindertengesetz entstanden ist, hat man eine Frist von zwei Wochen entsprechend dem AVG, betreffend die Berufungen übernommen beziehungsweise eingeführt und von Seiten der SPÖ ist es eigentlich durchaus zugänglich in Anbetracht von der Situation, in der sich Behinderte oft befinden, dass man diese Frist auch wirklich verlängert und da ist diese Frist von vier Wochen, die der Herr Gemeinderat Hohensinner vorschlägt, beziehungsweise die auch bereits der Behindertenanwalt des Landes Steiermark vorgeschlagen hat, absolut konform und der jetzigen Lage auch angepasst. Grundsätzlich möchte ich nur noch darauf aufmerksam machen, dass sich mit der Verlängerung der Berufungsfrist auf vier Wochen natürlich auch die Zeit dann rauszögert, wo der Behinderte die finanziellen Mittel in Anspruch nehmen kann. Das heißt, man muss die Rechtskräftigkeit des Bescheides abwarten, das war bis jetzt eben nach zwei Wochen der Fall und das wird eben künftig dann nach vier Wochen der Fall sein, aber ansonsten ist diesem Antrag nicht entgegenzuwenden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Maßnahmen zur Verringerung der Staubemissionen auf Baustellen

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grünen und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ein gemeinsamer Antrag ist geboren worden, eigentlich basierend auf den Ergebnissen des Umweltausschusses in der Diskussion um die Verringerung von Feinstaubemissionen und es geht konkret um Maßnahmen zur Verringerung von Feinstaub oder von Staubemissionen auf Baustellen. Kurz zum Inhalt: Die Baubehörde ist ermächtigt, bei der Erteilung von Baubewilligungen, zum Beispiel im Wege von Auflagen, einen Schutz von Menschen gegen Staubbelastungen beziehungsweise Staubgefährdungen – nicht aber im Speziellen gegen Feinstaubbelastungen beziehungsweise -gefährdungen – zu gewährleisten. Solche Auflagen müssen sachgerecht und dürfen nicht, wie es im Beamten- oder Juristendeutsch heißt, „überschießend“ sein. Mit Vorkehrungen gegen Staubbelastungen beziehungsweise -gefährdungen sind schon von der Natur der Sache her allerdings auch solche gegen Feinstaub verbunden. Bei der Erteilung von Abbruchbewilligungen, und das ist jetzt der konkrete Anlass dieses Antrages, besteht eine solche Ermächtigung jedoch nicht.

Es ist daher zu fordern – will man, dass die Baubehörde auch bei der Bewilligung von Abbruchvorhaben, bei denen in der Regel der „Staubanfall“ und damit der Ausstoß von Feinstaub weitaus größer ist als bei Bauvorhaben, gegen Staubbelastungen beziehungsweise -gefährdungen Maßnahmen vorkehren kann – dass der Landesgesetzgeber, zum Beispiel § 32 des Baugesetzes eine diesbezügliche, zweckmäßigerweise auf Gründe des Umweltschutzes zu stützende Ermächtigung schafft. Mit einem durch Fachdienststellen der Steiermärkischen Landesregierung erarbeiteten Baustellenleitfaden ist ein vielversprechender Anfang für eine zielführende Vorgangsweise der Baubehörde gemacht, die Staubproblematik (und damit auch die jenes des Feinstaubes) beim Baustellenbetrieb in den Griff zu bekommen. Es bedarf jedoch noch einer Prüfung, zum einen dahingehend, ob und wie Bauwerber „verhalten“ werden können, die in der Broschüre als Projektgegenstand empfohlen Maßnahmen tatsächlich zum Projektgegenstand zu machen, und zum anderen, ob die vorgeschlagenen Auflagen im Anfechtungsfall

durch Bauwerber „halten“, also im Stmk. Bau-Gesetz ihre Deckung finden und jeweils sachgerecht sind.

Auch bei positivem Prüfergebnis muss jedenfalls danach getrachtet werden – und hier ist die Steiermärkische Landesregierung gefordert – dass die empfohlenen Auflagen zur Verringerung der Staubemissionen auf Baustellen steiermarkweit, unserer Ansicht nach nicht nur in allen feinstaubbelasteten Gebieten, „Stand der Technik“ sind beziehungsweise werden.

Aufgrund dieses Sachverhaltes stelle ich daher namens der im Gemeinderat vertretenden Parteien von ÖVP, SPÖ, KPÖ, GRÜNE und FPÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition im Wege über die zuständige Fachabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung an den Landesgesetzgeber, die Bestimmungen des § 32 Steiermärkisches Baugesetz so abzuändern beziehungsweise zu ergänzen, dass die Baubehörde ermächtigt wird, konkrete Auflagen zur Vorkehrung gegen Staubbelaustigungen und -gefährdung, insbesondere auch Feinstaub betreffend, zu verfügen, wobei im § 35 leg. cit. – wenn nicht bereits jetzt rechtlich ableitbar – speziell auf die Vorkehrungen gegen Feinstaubbelastungen und -gefährdungen hingewiesen werden müsste.

Bezüglich der im „Baustellenleitfaden“ vorgeschlagenen Maßnahmen ist der Landesgesetzgeber aufzufordern, auch das erscheint uns wichtig, dass diese im Erlasswege nicht nur als milde Empfehlung den Baubehörden zur Anwendung geraten werden, sondern die Möglichkeit einer verpflichtenden Vorschreibung eingeräumt wird. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Krankenversicherung für SozialhilfeempfängerInnen

GRin. Dr. **Sprachmann** stellt namens der SPÖ und ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Um SozialhilfeempfängerInnen nicht zu PatientInnen zweiter Klasse zu degradieren, sollen auch sie in das E-Card-System einbezogen werden. Was allerdings nur auf dem Papier und vordergründig als positive Lösung anzusehen ist, geht an der Realität vorbei und ändert an der Realität nichts.

Faktum ist nämlich, dass die geplante Einbeziehung der SozialhilfeempfängerInnen nichts weiter als eine bloße Kosmetik sein wird, sie werden auch in Zukunft nicht krankenversichert sein und über die Krankenversicherung Leistungen in Anspruch nehmen können. Nach wie vor werden SozialhilfeempfängerInnen damit im Bedarfsfall beim Magistrat beziehungsweise in der zuständigen Bezirkshauptmannschaft um Krankenhilfe ansuchen müssen. Wobei ebenfalls festzuhalten ist, dass sich die Krankenhilfe im Rahmen der Sozialhilfe nur tatsächlich auf die medizinisch notwendige Behandlung erstreckt und nicht unerwähnt bleiben soll, dass für den Vollzug im Magistrat Graz ein nicht gerade geringer Verwaltungsaufwand hiefür anfällt.

Diese Schlechterstellung der SozialhilfeempfängerInnen ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, da im Gegenzug AsylwerberInnen in der Grundversorgung beziehungsweise Konventionsflüchtlinge mit einem geringeren monatlichen Versicherungstarif sehr wohl in der Krankenversicherung ohne Wartezeit sozialversichert sind.

Um eben zu verhindern, dass SozialhilfeempfängerInnen trotz Einführung der E-Card weiter PatientInnen zweiter Klasse sind sowie um der Stadt Graz erhebliche Kosten beim Vollzug zu ersparen, wäre es daher dringend notwendig, SozialhilfeempfängerInnen mit einem Tarif analog der Regelungen für AsylwerberInnen in der Grundversorgung beziehungsweise Konventionsflüchtlinge in der Landesbetreuung zu versichern.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichtes in einer Petition an die Bundesregierung herantreten und diese ersuchen, dahingehend eine bundesrechtliche Änderung vorzunehmen, dass SozialhilfeempfängerInnen analog den Regelungen für AsylwerberInnen in der Grundversorgung beziehungsweise für Konventionsflüchtlinge in der Krankenversicherung mit einem billigerem Tarif ohne Wartezeit versichert werden. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Hammer** zum Antrag: Ich bedanke mich bei dir, sehr geehrte Kollegin, für diese Initiative, die du da ergriffen hast und ich möchte dabei auch noch auf einen anderen Umstand noch einmal hinweisen, den ich schon am 16. 10. 2003 in diesem Haus hier thematisiert habe und zwar den Umstand, dass die Stadt Graz für die Krankenbetreuung der Sozialhilfeempfänger bei der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft einen Privathonorartarif verrechnet bekommt und dieser Privathonorartarif wesentlich höher ist als der Kostenersatz, den die Kages für die Betreuung von zum Beispiel kassenversicherten Patienten erhält. Von unserer Fraktion kommt jetzt folgender Vorschlag: Und zwar während die von der Frau Gemeinderätin Dr. Sprachmann geforderte bundesgesetzliche Änderung viele Monate bis Jahre in Anspruch nehmen wird, wäre mit einer Angleichung der Kages-Tarife für die Sozialhilfeempfänger an jene der Sozialversicherungen eine rasche Entlastung des Sozialbudgets ohne Qualitätsverlust der medizinischen Betreuung der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger möglich, eine Zielrichtung, die ja auch im Antrag von Gemeinderätin Sprachmann verfolgt wird.

Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Österreichischen Volkspartei den Antrag, dass zum dringlichen Antrag von Frau Dr. Sprachmann ein Punkt 2 wie folgt hinzugefügt wird:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, bis zum Eintritt der bundesgesetzlichen Regelung zur Einführung der Versicherung zu geringem Tarif für SozialhilfeempfängerInnen entsprechend der Regelung für Asylwerber und Konventionsflüchtlinge neuerlich Gespräche mit dem für die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft zuständigen Landesrat, Herrn Mag. Hirt, aufzunehmen und eine Angleichung der von der Stadt Graz für die ambulante und stationäre Betreuung von Sozialhilfeempfängern zu bezahlenden Tarife an jene der Sozialversicherungen zu fordern (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Eine Wortmeldung zum Zusatzantrag. Herr Gemeinderat Hammer, der Begriff Privattarife scheint mir, wir haben zwar vorhin schon geredet, aber scheint mir nicht wirklich angebracht, vielleicht kann man das ein bisschen anders formulieren. Denn Faktum ist, die Tarife, die die Kages der Stadt der öffentlichen Hand verrechnet, werden vom Land im Verordnungswege festgelegt. Sind also vom Land bestimmte Tarife, und der Unterschied zu den Sozialversicherungsträgern besteht darin, das haben Sie aber eh ausgeführt, dass eben die Sozialversicherungsträger mit der Kages andere Vereinbarungen haben. Also es ginge eigentlich darum, dass die Kages mit uns die gleichen Vereinbarungen trifft wie mit den Sozialversicherungsträgern. Nur der Begriff Privattarif stimmt nicht ganz.

Zwischenruf GR. Dr. Hammer unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Aber es ist ein vom Land per Verordnung festgelegter Tarif.

Dr. **Hammer**: Auch diese Privathonorartarife, wenn irgendein Scheich aus Arabien kommt, sind das auch die gleichen Tarife?

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Dr. Hammer wurde einstimmig angenommen.

4) Aufstockung der Drogenfahndung in Graz

GR. **Herper** stellt namens der ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein gemeinsamer dringlicher Antrag von SPÖ und ÖVP. Wie alle Städte ist auch Graz von der Drogenproblematik betroffen. Wir haben das ja immer erschreckenderweise fast schon wöchentlich täglich vor unser Augen. In der Anonymität einer Stadt fällt der Konsum nicht legaler Drogen weniger auf, was viele Drogenabhängige mit dazu veranlasst, diese Anonymität zu suchen und ihre Heimatgemeinde für kurze Zeit oder auch für länger zu verlassen. Und dass überall dort, wo DrogenkonsumentInnen in verstärktem Ausmaß zu finden sind, sich auch die Dealer in größerer Zahl einfinden, da hier einfach die Nachfrage nach Suchtgiften größer ist, das ist wohl leicht erklärbar.

Über die Ursachen des Drogenkonsums gibt es eine Vielzahl an Studien – dass Prävention das wesentlichste Mittel gegen Drogensucht darstellt, ist sicher in diesem

Hause unbestritten. Verbote, Razzien, Strafen haben erwiesenermaßen nur zweitrangige Bedeutung, der Bewusstseinsarbeit muss demgemäß absolute Priorität eingeräumt werden. Ähnliches gilt, wenn es darum geht, Abhängigen den Weg zurück in die Drogenfreiheit zu weisen: Das geht in erster Linie über Bewusstseinsarbeit und über eine ausreichende Zahl an Therapieplätzen.

Nichtsdestotrotz ist aber auch eine Überwachung speziell von als Suchgift-Umschlagsplätzen bekannten Örtlichkeiten ein Muss – anders wird den Dealern nicht beizukommen sein. Und die wirksamste Form der Überwachung ist ganz sicher durch die bestens ausgebildeten Drogenfahnder der Grazer Exekutive gewährleistet.

Doch leider ist es um deren Präsenz nicht gerade bestens bestellt: Nicht etwa, weil die BeamtInnen nicht engagiert wären, im Gegenteil – sie sind überaus bemüht. Allerdings: Wie insgesamt bei der Grazer Exekutive gibt es auch im Bereich der Drogenfahndung gravierende personelle Engpässe.

Zwar war im Oktober 2002 für Graz eine 25köpfige Sonderkommission für die Drogenbekämpfung aufgestellt worden, deren ursprünglich für drei Monate anberaumte Schwerpunkttätigkeit im Jänner 2003 um weitere drei Monate verlängert wurde.

Doch dann ging es mit dem Personalstand im Bereich der Drogenfahndung stetig bergab. Nach der sehr erfolgreichen SOKO folgte die GED, von 25 auf 18 MitarbeiterInnen reduziert. Und der nächste Schlag folgte mit der Polizeireform per 1. Juli 2005, die uns ja vom Innenministerium als positiver Meilenstein verkauft wurde, für Graz aber den nächsten Aderlass bescherte: Im nunmehrigen Fachbereich III, das ist jenes Kriminalreferat, das sich mit Drogen- und Menschenhandel zu beschäftigen hat, stehen gar nur noch sieben BeamtInnen für die Drogenfahndung zur Verfügung.

Von 25 auf sieben, darüber können sich wohl höchstens noch die Dealer freuen!

Doch die fünf Drogentoten und mehr in der gesamten Steiermark der jüngeren Vergangenheit, die zum Teil fast schon unbeschreiblichen Zustände in den als

Drogenumschlagsplätzen bekannten Örtlichkeiten wie im Stadtpark klagen an – ein Umdenken seitens des Innenministeriums ist auch hier wirklich überfällig. Denn es geht um den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen, es geht um das Sicherheitsgefühl der gesamten Grazer Bevölkerung.

In diesem Sinne stelle ich namens von SPÖ und ÖVP daher den gemeinsamen

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge umgehend an das Innenministerium herantreten und dieses in einen dringenden Petition auffordern,

1. den Personalstand der für die Drogenfahndung und Drogenbekämpfung in Graz tätigen BeamtInnen von derzeit zehn zumindest wieder auf die Größenordnung der im Herbst 2002 tätigen SOKO aufzustocken; und dies längerfristig, und nicht wieder nur kurzzeitig im Vorfeld von Wahlen
2. den Personalstand der uniformierten Polizei in Graz endlich dahingehend zu erhöhen, statt ständig Personal zu reduzieren, damit die Möglichkeit von verstärkten uniformierten Fußstreifen endlich wieder gegeben ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

5) Stadtparkgipfel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Leider ist der Stadtpark nicht mehr die grüne Lunge von Graz, auch verliert er immer mehr den Ruf als Naherholungszentrum der Grazerinnen und Grazer. Der Stadtpark droht zu verkommen. Auf den Wegen und im Gras liegen massenweise Scherben, gebrauchte Präservative, und zu allem Überfluss noch Teile von Spritzen. Ohne viel Aufwand kann man Leute beim Dealen beobachten. Mir scheint, zur Zeit kämpfen wir gegen

Windmühlen. Es kann aber nicht angehen, dass die Stadt Graz im Kampf um einen erholsamen Stadtpark aufgibt.

Der Grazer Stadtpark wird immer mehr zur Problemzone. Leider sind wieder die Schönredner am Zug und verschließen die Augen. Am helllichten Tag wird im Stadtpark gedealt. Besorgte Bürger melden sich, daher will und werde ich nicht zuschauen, wie unsere Kinder zusätzlichen Gefahren ausgesetzt sind. Es ist auch beim Jakominiplatz gelungen, dass wieder mehr Sicherheit herrscht.

Meiner Meinung nach sollte deshalb vor allem mehr Polizei in den Stadtpark. Fußstreifen mit Hunden müssen leider für Ruhe und Ordnung sorgen. Eine Verstärkung des Wachzimmers Paulustorgasse oder, wie gesagt, ein eigenes Wachzimmer mit dem Standort Stadtpark mit einem Einsatzschwerpunkt halte ich für sinnvoll. An einer Ausdehnung der mobilen Videoüberwachung auf dem Stadtpark führt meines Erachtens nach kein Weg vorbei. Auch die Einrichtung von mindestens vier Notrufsäulen wäre angebracht. Natürlich ist zu sorgen, dass es zu einem vermehrten Einsatz von Streetworkern kommt, auch haben wir die Pflicht einer aktiven und praxisorientierten Hilfestellung für unsere jungen Mitbürger nach dem Motto 'Helfen statt Strafen'.

Es darf kein Verstecken hinter angeblichen bürokratischen Hürden mehr geben, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Die Bemühungen um mehr Sicherheit am Jakominiplatz haben gezeigt, dass es geht. Die von vielen belächelte und als 'Big-brother-Methode' madig gemachte Videoüberwachung ist bisher ein großer Erfolg. Selbst die schlimmsten Zweifler und Ignoranten müssen nun eingestehen, dass seit Einführung der fixen Kamera beinahe keine Straftaten mehr am Jakominiplatz gesetzt wurden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass der Herr Bürgermeister ersucht wird, einen Stadtparkgipfel anzusetzen. An diesem sollen

neben dem Bürgermeister selbst die Klubobleute der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, die Bezirksvorsteher der Bezirke, die an den Stadtpark angrenzen, Vertreter der Polizei, des Wirtschaftshofes, des Stadtgartenamtes, des Jugendamtes, des Gesundheitsamtes, der Naturwacht und der Landesregierung teilnehmen. Zusätzlich sollten Vertreter von Schülern und Studenten sowie Seniorensprecher und Medienvertreter geladen werden.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Herper wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Mag. Korschelt wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Rücker** zum Antrag: Wir haben uns ja zuerst überlegt, bei eurem Antrag mitzugehen, weil wir prinzipiell auch sehen, dass die Polizei in ihren Reihen an die Grenzen der Belastbarkeit stößt und wir dort auch die Spareffekte als negativ erleben. Was uns sehr problematisch erscheint, ist immer wieder dieser Blick auf das Thema Drogensucht und Drogenproblematik, der leider auch in eurem Antrag zum Ausdruck kommt, nämlich der Wunsch, der ja verständlich ist, Mittel gegen die Drogensucht zu finden. Ich denke, wir brauchen in der Drogenpolitik eine offene Diskussion darüber, dass wir mit Drogensucht lernen müssen umzugehen in unserer Gesellschaft, so wie wir es auch mit Alkohol haben lernen müssen. Wir haben eine Drogenproblematik, die braucht auch eine gewisse Akzeptanz, dass sie existiert. Mit Vertreibungsmechanismen, mit Kameras usw. drängen wir Menschen weg vom Jakominiplatz, die gibt es nämlich nach wie vor, sie sind nur nicht mehr so in der Öffentlichkeit wahrzunehmen und wenn man den Leuten zuhört, die in dem Bereich arbeiten, dann ist die Erreichbarkeit gerade junger Einsteigerinnen oder Einsteiger, junger Menschen, die in den Drogenbereich hineinkommen, momentan extrem schwierig in Graz, nämlich an diese heranzukommen für Streetworkerinnen und

Streetworker. Das heißt mit einer Politik, die verfolgt und versucht, die Drogenproblematik zu negieren, indem sie sie versucht auszurotten, was eine Illusion ist, treibt Menschen weg aus der Kontrollierbarkeit und Regulierbarkeit. Was wir brauchen ist eine Regulierung in der Drogenpolitik, das heißt womöglich auch wieder eine Diskussion und Debatte, die die Grünen ganz gerne anzetteln, zum Teil auch über Legalisierungen zu reden, denn eine Legalisierung würde die Kriminalisierung entschärfen, aber das werde ich jetzt hier nicht weiter ausführen. Dazu gibt es eh genug Debatten, aber was es wirklich notwendig macht, ist über Drogenpolitik so zu reden, dass es sie gibt, dass es Drogensüchtige auch weiterhin geben wird und dass sie eine Begleitung, Unterstützung brauchen aus dem herauszukommen und dass Verfolgung und Verschärfung und Kriminalisierung leider nicht der richtige Ansatz ist. Und wir sehen, gerade bei jungen Menschen gibt es ganz viele Fragestellungen, wenn ich jetzt angehe von Perspektivenlosigkeit, Arbeitsmarktproblematik, Armutproblematik, Sicherheitsproblematik im sozialen Kontext, wo anzusetzen wäre, um Menschen auf andere Dinge Lust zu machen, als sich zuzumachen.

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gerne namens meiner Fraktion und vor allem meiner Kollegin Stadtrat Wilfriede Monogioudis, die ja für das Gesundheitsamt zuständig ist und heute leider nicht hier sein kann, weil sie erkrankt ist, einige Argumente zu den beiden vorliegenden Dringlichkeitsanträgen ins Treffen führen. Wir haben in den vergangenen Jahren hier im Hause, wie auch schon erwähnt wurde, alle wesentlichen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Drogenpolitik gestanden sind, immer gemeinsam und parteiübergreifend beschlossen. Sowohl das Suchtkonzept der Stadt Graz wie auch die Einrichtung des Kontaktladens oder die Kriterien für die Förderung von Präventionsprogrammen in Schulen. Diese gemeinsame Vorgangsweise war und ist gut so und soll auch so bleiben, meiner Meinung. Wer mit Suchtpolitik schnelles politisches Kleingeld erzielen möchte, betreibt damit Suchtpolitik und ist für die Lösung des Problems wenig hilfreich. Wenn wir heute hier zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen haben, und wie ich auch davon ausgehe, beschlossen werden sollen, so muss man eines schon sehen, dass beide eigentlich nur primär repressive Maßnahmen zur Drogenbekämpfung vorsehen. Wir werden beiden Anträgen zustimmen, ich möchte

aber trotzdem vor allem eine andere Seite hier beleuchten. Wir müssen stärker als wie bisher uns vornehmen, Einrichtungen und die konkrete medizinische und soziale Hilfe anbieten und präventives Arbeiten ausbauen und auch langfristig finanziell absichern. In diesem Zusammenhang möchte ich auch vor allem auf einige Tatsachen des Gesundheitsamtes hinweisen. Am letzten Wochenende wurde in einer großen Tageszeitung von 7.000 Drogenabhängigen in Graz gesprochen. Ich weiß nicht, woher diese Aussage stammt, wie diese Zahl eruiert wurde und vor allem weiß wahrscheinlich auch niemand genau, welche Drogenabhängigkeit damit gemeint ist. Der Begriff drogenabhängig suggeriert jedenfalls den Konsum illegaler Substanzen. Wahrscheinlich ist aber die Gesamtheit aller Personen damit gemeint, die von verschiedensten Substanzen abhängig sind, sei es Alkohol, Nikotin oder Opiaten, Cannabis, Medikamenten usw. Für diesen Fall wird diese Zahl wohl realistisch sein, es gibt jedoch keine Expertenangaben, dass 7.000 Personen in Graz vom illegalen Drogenkonsum abhängig seien. In Substitution, das heißt Ersatzdrogenprogramm sind mit Stand vom 28. März diesen Jahres exakt 491 Personen aufgenommen. Auch stimmt die Behauptung, dass bereits 13-Jährige im Substitutionsprogramm seien für Graz zumindest nicht. Von den 491 Klienten und Klientinnen ist gerade eine Person noch nicht volljährig, diese Person ist 17 Jahre alt. Im Grazer Kontaktladen werden insgesamt 600 Personen laufend betreut. Diese Zahl hat sich in den letzten Jahren von zirka 400 auf 600 erhöht. Was wir aber nicht wissen, und das ist vor allem das Entscheidende, das ist genau jene Zahl von jungen Menschen, die nicht in Substitutionsprogrammen sind, die nicht im Kontaktladen sind, die nicht im LSF oder in der Drogenberatungsstelle betreut werden und die möglicherweise weitgehend unauffällig konsumieren. Das heißt, die Klienten und Klientinnenzahlen in den Einrichtungen steigen tendenziell an, sie erreichen aber nicht das kolportierte Ausmaß. Dieser Anstieg der muss uns zum Handeln bewegen und muss für uns auch ein Signal sein, die bestehenden Einrichtungen des Kontaktladens in der Grazer Orpheumgasse auch für die kommenden Jahre zu erhalten. Der Vertrag mit dem Kontaktladen läuft in diesem Jahr aus und muss für die nächsten Jahre erneuert werden. Eine weitere Forderung im Sinne der Schadensreduzierung wäre dringend notwendig uns zwar eine Einrichtung zu schaffen, eine sogenannte Substitutionsambulanz. Substitutionsklienten werden nämlich derzeit von niedergelassenen Ärzten sowie dem LSF und dem LKH betreut. Sowohl die Qualität als auch die Quantität für diese Betreuung reicht nicht aus wie

auch die Zahl der Entzugspläne im LSF. Wie schon meine Kollegin Lisa Rücker auch in ihrem Beitrag angesprochen hat, darf man nicht an den Ursachen, wenn man über Drogenprobleme redet, vorübersehen. Wann immer das Thema Drogenabhängigkeit zur Sprache kommt, wird nämlich sofort die Frage nach den Ursachen gestellt und damit beginnt aber genau das Karussell, in dem sich gegenseitig die Verantwortung zugeschoben wird. Besorgte Eltern rufen nach der Polizei, die Polizei ruft nach Sozialarbeitern oder Präventionsprogrammen in den Schulen, Sozialarbeiter verlangen wiederum mehr Arbeitsplätze und Lebensperspektiven für junge Menschen und alle gemeinsam orten aber eines, die Verantwortung bei der Politik. Und dazu möchte ich in Erinnerung rufen, dass sich die Berufs- und Lebensperspektiven der jüngeren Generation aber gravierend verändert und auch, wie ich meine, verschlechtert haben. Wer noch in den 60er- und 70er-Jahren über einen Schulabschluss oder manchmal nicht einmal das verfügte, fand weitgehend damals, und das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen, problemlos eine Arbeitsstelle und konnte, wenn er oder sie nicht ganz ungeschickt sich anstellte, damit rechnen, sich dadurch längerfristig eine Existenz aufzubauen. Wer Matura oder gar einen Studienabschluss hatte, genoss nicht nur entsprechendes Sozialprestige, sondern konnte auch auf entsprechende berufliche Perspektiven setzen. Heute hingegen erfahren junge Menschen, dass ein Schul- oder Lehrabschluss nichts, eine Matura auch nichts und nicht einmal ein Studienabschluss eine Sicherheit im Bezug auf eine Arbeitsstelle gewährleisten. Unsere Arbeitswelt fordert heute neben großer Disziplin, Loyalität und Leistungsbereitschaft ein großes Maß an physischer und psychischer Belastbarkeit, örtlicher und zeitlicher Flexibilität und vieles mehr und gewährt vergleichsweise aber keine Sicherheiten. Ganz im Gegenteil, hinter dem Schlagwort des lebenslangen Lernens verbirgt sich die Ankündigung: Was du weißt, kannst und leistest, reicht nur für den Moment, es wird aber nie genug sein. Das sind Bedingungen, die sich gravierend von jenen vergangener Jahrzehnte unterscheiden und wir dürfen uns nicht wundern, dass gerade junge Menschen in Suchtabhängigkeit fliehen und sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Dass sie sich selbst an diesem Rand einrichten, das sind Bedingungen, die nicht notgedrungen zum Drogenkonsum führen müssen, aber sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit zu diesem. Wir können in Graz diese Rahmenbedingungen nicht schlagartig ändern, aber es soll uns vor diesem Hintergrund bewusst sein, dass gesellschaftliche Phänomene, wie jene des Drogenkonsums nicht losgelöst von

ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Prozessen stattfinden. Wenn wir, wie gesagt, diesem vorliegenden Antrag heute zustimmen, dann sollten wir daher als nächste Schritte uns sofort folgende Punkte ins Auge fassen und auch in Angriff nehmen. 1.) die Einrichtungen die zur Schadensminimierung beitragen, nicht nur erhalten sondern ausbauen. Stichwort Kontaktladen. 2.) Einrichtungen, die wir dringend für die Versorgung von Substitutionsklienten benötigen, neu schaffen, Stichwort: Substitutionsambulanz. 3.) Die Situation in Bezug auf junge Konsumenten, die nicht im Programm oder nicht in Einrichtungen sind, erheben zum Beispiel über einen eigenen Schwerpunkt, der von der Stadt geförderten Streetworker und 4.) Brennpunkte entschärfen, zum Beispiel öffentliche Toiletten mit Spritzenboxen ausstatten, jedenfalls aber auch personell zu besetzen. Die Situation und diese Maßnahmen brauchen, wie ich eingangs schon gesagt habe, nicht nur Verständnis, sondern vor allem parteienübergreifendes Handeln in diesem Sinne, wie ich es ausgeführt habe. Danke (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

GR. **Lozinsek:** Danke, Herr Stadtrat! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir schwer, diese Debatten immer wieder zu verfolgen, weil zwei Dinge vermischt werden, nämlich Äpfel mit Birnen. Auf der einen Seite wird über Suchtprävention, über das Problem Sucht generell diskutiert, während in dem Fall zwei Anträge zur Sicherheitspolitik auf dem Tablett liegen und auf dem Tisch liegen, das sind zwei unterschiedliche Dinge und wenn die Frau Kollegin Rücker meint, wir werden uns damit anfreunden müssen, dass es Sucht gibt und die Suchtproblematik und auch die damit verbundene Kriminalität gibt, dann mag das schon stimmen, es gibt auch Mord- und Totschlag, seit Menschengedenken, das ist eine Tatsache, aber die Tatsache bedeutet nicht, dass wir nicht Mord- und Totschlag bekämpfen, wie auch andere kriminelle Straftaten und dass wir verpflichtet sind, die Menschen davor so weit wie möglich und so gut wie möglich zu schützen und darum geht es bei diesem Antrag. Es geht darum, jene Personen zu schützen vor dieser Form der Kriminalität,

die damit nichts zu tun haben. Das eine schließt das andere nicht aus, das heißt, der Kampf gegen Drogenkriminalität, gegen das sich Bereichern an dieser Sucht ist die eine Sache, die sollte effizient und effektiv geführt werden, so gut wie möglich und darum geht es in diesen beiden Anträgen und das Problem der Suchtkrankheit und der Suchtkranken ist ein anderes Problem. Das muss natürlich auch behandelt werden und dafür muss es auch Mittel geben und dafür muss es auch entsprechende Programme geben, aber immer diese beiden Dinge gegeneinander aufzurechnen bei einer Sicherheitsdebatte, wo es darum geht, hier den Stadtpark sicherer zu machen oder welchen Raum auch immer, ist einfach unzulässig und tut beiden Bereichen nichts Gutes und führt auf die falsche Spur. Also ich würde bitten, beim Thema zu bleiben und daher auch beide Anträge zu unterstützen.

GR. Rajakovics: Lieber Kollege Lozinsek, ich werde mich bemühen, sehr am Thema dranzubleiben, daher auch konkret zuerst auf das eine und dann auf das andere Thema einzugehen, nämlich zuerst auf den Antrag von der SPÖ, den wir selbstverständlich unterstützen, nur ein paar Anmerkungen dazu müssen wir schon machen, weil die Situation so dargestellt wurde, als wäre jetzt in den letzten Jahren alles fürchterlich bei der Polizei gewesen. Es hat bis zum Jahr 2002 noch ein schriftliches Verbot des damaligen Polizeidirektors Dr. Stingl gegeben, dass Uniformierte bei Drogen selbst einschreiten. Die Sicherheitsdirektion hat eine eigene Gruppe einrichten müssen, damit die Suchtkriminalität entsprechend bekämpft werden kann und auf Grund dieser Idee wurde dann die SOKO gegründet mit 18 Mitarbeitern und das ist genau die Zahl, die jetzt reduziert ist, die jetzt wieder aufgestockt werden soll, von der wir heute reden und es gibt darüber hinaus auch durch die Reform eine Anzahl von zehn Drogenfahndern, die landesweit tätig sind und da aber vor allem in Graz eingesetzt werden. Also ganz so schlimm ist die Situation nicht, wie dargestellt. Faktum ist aber, dass alle, mit denen wir gesprochen haben, auch der Drogenbeauftragte der Stadt Graz der Meinung ist, dass eine Anwesenheit von Polizei durchaus präventiv wirkt, vor allem dann, wenn Jugendliche, die nur so im Vorbeigehen angesprochen werden, belästigt werden. Allerdings, und das ist eine Sache, wo ich mir dann auch Unterstützung erwarten würde, Polizei kann man nur dann auch sinnvoll einsetzen, wenn man dann auch

ihre Einsätze unterstützt und wenn dann bei einem Einsatz am Hauptplatz, wo jemand sieht, dass jemand ganz offensichtlich Substanz versucht weiter zu verschachern und die Polizei weist den Platz weg und dann wird sofort aufgeschrien, um Gottes willen, die Polizei geht auf die armen bunten Menschen los und ein ganz Harmloser wird da präventiv vom Platz gewiesen, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Polizei recht wenig bereit ist einzuschreiten. Das Gleiche gilt auch bei Abschiebungen. Ich habe jetzt vor kurzem gesprochen mit einem Kollegen, weil das war auch ein Thema, auch wie ich noch bei der Caritas war, das mich immer beschäftigt hat, dass die Schwarzen vor allem zu mir kommen, wieso schiebt ihr denn die nicht ab, Faktum ist, dass 80 % der Abschiebungen schief gehen, weil die Abschieblinge wissen, dass sie, wenn sie laut schreien am Flughafen, nicht abgeschoben werden und dass dann auf Jahre wieder es dauern wird, bis man sie wirklich abschiebt und heute in der Zeitung war wieder so ein Fall, der wieder festgenommen worden ist, nachdem er bereits eineinhalb Jahre gesessen ist und letztlich längst abgeschoben hätte sein müssen. Also bitte dann nicht nur die Aufstockung der Polizei einfordern, wir sind gerne bereit, das auch zu unterstützen, weil wir das für notwendig erachten, aber dann auch die Arbeit der Polizei nicht ständig madig machen, wenn sie irgendwo einschreitet. Zum Antrag vom Kollegen Korschelt, es dürfte Ihnen bekannt sein, es hat die Polizei ja schon auch durchaus einiges unternommen, es werden jetzt verstärkt Überwachungen des Stadtparks durchgeführt von der Paulustorgasse her und die Polizei sagt selbst, sie ist durchaus in der Lage, von der Paulustorgasse die Überwachung des Stadtparks auch durchzuführen. Bei der Videoüberwachung sieht die Polizei wenig Chancen, was den Stadtpark betrifft, weil er auf Grund der Größe und der örtlichen Gegebenheiten, des starken Bewuchses, eine Videoüberwachung relativ wenig Sinn macht und die Notrufsäulen, die auch da im einmal im Raum gestanden sind, werden im Verhältnis dazu, wie viele Menschen sowieso ein Handy besitzen, eher sehr teuer und kontraproduktiv, weil sie eher dem Missbrauch dienen würden, dass Leute einfach hindrücken, die betrunken sind oder die halt einfach sich einen Scherz machen wollen. Generell zum Stadtpark kann man durchaus einiges diskutieren, allerdings nicht nur unter dem Aspekt, der Stadtpark ist so grauslich und fürchterlich und man muss sich fürchten, weil das ist vielleicht nur ein blödes Beispiel, aber genau vor einer Woche bin ich zirka um 11.00 Uhr durch den Stadtpark durchgegangen von der Zinzendorfgasse Richtung Karmeliterplatz, vor mir ist ein Mann gegangen, der hat

eine Zigarette geraucht, hat diese sogar in einem Aschenbecher bei einem Mistkübel ausgedämpft und sonst war es ganz ruhig. Ich habe mich weder bedroht gefühlt, noch sind irgendwelche dunklen Gestalten herumgehuscht. Also der Stadtpark stellt sich sehr verschieden dar, es gibt die Stellen natürlich, wo man sich unsicher fühlen kann, wo es auch sehr dunkel ist, auf den Strecken, wo man normalerweise, wenn man einfach den Stadtpark queren muss, unterwegs ist, denke ich, ist der Stadtpark nicht so unsicher, wie er manchmal beschrieben wird. Noch dazu, und das möchte ich auch einfügen, deshalb habe ich auch kein Problem damit, einen Stadtparkgipfel einzuberufen, weil wir wollen ja auch das Projekt Leonie unter die Leute bringen, dankenswerterweise haben ja inzwischen alle Klubs auch schon nominiert Vertreter für den Verein, das heißt das wird auch eine zusätzliche Unterstützung sein, um im Stadtpark für mehr Ordnung zu sorgen. Und ganz abschließend, auch wenn ich dann ein bisschen vom Thema abweiche und mich vielleicht der Herr Kollege Lozinsek dafür rügen wird, ich habe jetzt, weil es um Drogen geht, das Thema Alkohol, ich muss das jetzt anbringen auch, weil ich eigentlich einen dringlichen Antrag nur auf Grund der vielen dringlichen, die vorgesehen waren, nicht gestellt habe; wenn man heute den druckfrischen Grazer liest, dann weiß man auch, wo das Problem wirklich liegt. „Univiertel im Vollrausch“, und da wird großartig geschrieben: „Jus-Student, 21, katapultiert sich mit sieben Bacardi und fünf Whisky und 2,08 Promille auf den zweiten Platz“ und hervorragenderweise hat der Medizinstudent Hannes, 21, mit 15 Havanna-Cola den ersten Platz erreicht, der hat sich nämlich um 10 Euro ganze 15 Havanna-Cola eingeschossen und hat damit 2,5 Promille erreicht. Solche Storys und dieser Zugang zum Thema Drogen ist es (Applaus ÖVP), die in Wirklichkeit das Problem ausmachen und daher möchte ich wirklich auch um Unterstützung bitten, der Herr Bürgermeister hat es angekündigt in den Medien, hat auch schon Gespräche aufgenommen mit der Bundesregierung, wir wollen das ganz ernst angehen, dass man die Spirituosen und alle spirituosenhaltigen Getränke, dass man da die Besteuerung massiv hinaufsetzt und zwar wirklich die Einnahmen zweckgebunden für präventive Projekte, nicht ausschließlich im Suchtbereich, sondern im Jugendbereich, sei es jetzt in der Arbeitsmarktpolitik, wie auch immer einsetzt. Aber solange solche Artikel, solche Lobpreisungen des Ansaufens sich jede Woche in allen möglichen Medien finden, brauchen wir uns nicht wundern, dass junge Leute glauben, das ist eh alles so harmlos (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fuchs**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Rajakovics hat jetzt den Großteil dessen vorweg genommen, was ich in meiner Wortmeldung zur Sprache bringen wollte. Lassen Sie mich bitte noch ein paar statistische Zahlen ergänzen. In Österreich sind ungefähr 5 % der Bevölkerung über 16 chronische Alkoholiker, das sind 330.000 Personen. Weitere 870.000 Personen betreiben regelmäßigen Alkoholmissbrauch. Auf Graz umgelegt macht es ungefähr 35.000 Betroffene. Durchschnittlich wird in Österreich von jeder Person 13 Liter reiner Alkohol, allerdings meist in verdünnter Form, jährlich konsumiert. Besonders gefährdet sind Jugendliche zwischen dem 15. und dem 19. Lebensjahr, der Einstieg erfolgt allerdings bereits zwischen 13 und 15. In der Steiermark haben zirka 20 % der 15-jährigen schon mehr als viermal einen Vollrausch gehabt. Diese Verhaltensweisen werden meistens schon mit der Muttermilch aufgesogen und zwar quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und auch quer durch dieses Haus, möchte ich anmerken. Wenn ich jetzt an den Kollegen Korschelt denke, seine Partei ist es, die sich Umfeldorganisationen hält, in denen der Alkoholmissbrauch sogar noch zum Kult erhoben wird, ich denke da an die Studentenverbindungen, die den Freiheitlichen sehr nahe stehend (*Applaus GRin. Edlinger*) und ich will mit dieser Meldung nicht der puritanischen Lebensauffassung das Wort reden, aber die Ernsthaftigkeit des Anliegens kann ich nicht ganz glauben vor diesem Hintergrund (*Applaus KPÖ*).

StRin. **Kahr**: Eine Klarstellung zum Herrn Gemeinderat Alexander Lozinsek, weil du gemeint hast, Äpfel mit Birnen vertauschen, ich denke, du hast jetzt auch an meine Wortmeldung gedacht daran. Ich möchte nur erinnern, das Grazer Suchtkonzept ist von allen Parteien hier im Grazer Rathaus einstimmig beschlossen worden, auch mit den Stimmen der FPÖ und fußt auf vier Säulen. erstens Prävention, zweitens Behandlung und Hilfe, drittens soziale Maßnahmen und viertens Repression und es ist als Einheit zu sehen gewesen. Also insofern ist auch der Beitrag, nicht Äpfel und Birnen zu vertauschen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh, dass es heute eine sehr differenzierte, nachdenkswerte und nachdenkliche Diskussion auf hohem Niveau hier im Haus gegeben hat und Elke Kahr hat ja am Schluss noch einmal erwähnt, dass wir uns gemeinsam bekannt haben zu einem Programm, das auf vier Säulen fußt und ich glaube, wir sollten diese Möglichkeiten, die jetzt gegeben sind, einfach nutzen. Ob es der Gipfel ist, der sich nicht nur allein um die Frage Stadtpark zu kümmern hat, sondern auch um die Gesamtsituation in Graz, denn jede und jeder Tote sind zuviel, jede/jeder Geschädigte auf Dauer und lebenslang oder auf Zeit ist einfach zu viel und wir sollten dem nicht tatenlos, handlungslos zusehen. In dem Sinne wird die Sozialdemokratie dafür mit inhaltlichen Vorschlägen auch bei diesen Gesprächen unter Beteiligung von Expertinnen und Experten auch diese politische Handlungsfähigkeit wahrnehmen und wir werden auch dem Gipfel, der im zweiten Antrag in Vorschlag gebracht wurde, unsere Zustimmung geben, weil wir ihn als Anlasspunkt sehen, wieder nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln und zu helfen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt:** Sehr geehrte Kollegen, auch von mir ein herzliches Dankeschön, dass Sie den beiden Anträgen zustimmen. Ich möchte zur Kollegin Kahr sagen, ich kann das, was Sie gesagt haben, zu 99,9 % unterschreiben und Sie wissen selbst, dass ich selbst Vater von drei Kindern bin und wirklich mein Bestreben es immer ist, nicht nur zu strafen, sondern auch zu helfen und das, glaube ich, das Wichtigste ist. Aber gewisse Maßnahmen müssen halt einmal, es ist so, wie der Mediziner mit der Homöopathie, wenn es einmal so weit ist, kann ich wahrscheinlich die Homöopathie nicht einsetzen, sondern muss zuerst einmal die Medizin einsetzen und dann kann ich erst die Homöopathie einsetzen. Kollege Herper hat gesagt, es ist auf sehr hohem Niveau diskutiert worden, ja, bis der Kollege Fuchs herausgekommen ist, das war natürlich ein klassischer Untergriff, der, erstens halten wir uns keine Organisation, das ist vielleicht bei Ihnen so üblich und dann gestatten Sie mir, es wäre ungefähr, wenn ich so sagen würde, Kommunismus ist gleich mit Wodka-Trinken gleichzusetzen, also diese Argumentation von Ihrer Seite her ist kindisch, muss ich ganz ehrlich sagen, weil was hat das damit zu tun, wenn wir einen Stadtparkgipfel verlangen, dass es Vereine gibt, wo eben Bier getrunken wird, weil

da müssen Sie dann die Feuerwehr nehmen, müssen die Jägerschaft nehmen, müssen Sie den CV nehmen, müssen den KV nehmen und wie gesagt auch Ihre Leitbilder im Moskau waren an sich auch nicht immer gerade sehr abstinent, also wenn ich an den Breschnew denke, also da hat es schon Leute gegeben, eigentlich wo man nicht unbedingt von Ihrer Seite her unser Alkoholmissbrauch vorwerfen sollte. Aber Schwamm drüber, mir geht es um die Sache, ich danke, dass alle oder fast alle den Anträgen zustimmen und ich hoffe, dass wir im Sinne der Grazer Bürger wieder einen Stadtpark herstellen können, wo es sich lohnt, in den Stadtpark zu gehen und wo man gefahrlos durch den Stadtpark gehen kann. Danke vielmals.

Der Antrag von GR. Herper (gemeinsamer Antrag von ÖVP und SPÖ) wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag von GR. Mag. Korschelt wurde mit Mehrheit angenommen.

6) Petition an das Land Steiermark: Subventionierung der Elternbeiträge bei Tagesmüttern für die Betreuung unter 3-jähriger Kinder sowie Einführung eines beitragsfreien verpflichtenden Kindergartenjahres vor Schuleintritt

GRin. **Potzinger** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, Grüne und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, geschätzte Damen und Herren! Zu meiner großen Freude darf ich den dringlichen Antrag nicht nur im Namen der bisher genannten Fraktionen stellen, sondern freue mich, dass auch die SPÖ-Fraktion Mit Antragsteller ist und nur aus Statutengründen Kollege Khull-Kholwald nicht gemeinsamer Antragsteller ist, aber auch seine Zustimmung zugesagt hat, das heißt, ich freue mich über große Einmütigkeit zu einem Thema, das heute nicht nur bei einer landesweiten Fachtagung in Raaba behandelt wird, sondern auch uns am

Herzen liegt, die Betreuung unsere Liebsten, unserer Kinder. Es geht um eine Petition an das Land Steiermark, wo wir ersuchen um Subventionierung der Elternbeiträge bei Tagesmüttern für die Betreuung unter 3-jähriger Kinder sowie Einführung eines beitragsfreien verpflichtenden Kindergartenjahres vor Schuleintritt. Wir haben hier im hohen Hause das Thema schon öfter behandelt, deshalb fass ich meinen Antrag kurz. Unter 3-jährige Kinder werden großteils von ihren Familien betreut, doch berufsbedingt brauchen immer mehr Eltern auch für diese Altersgruppe familienergänzende Betreuungsmöglichkeiten.

Derzeit werden in Graz zirka 500 Kinder in Krippen und über 300 unter 3-jährige Kinder von Tagesmüttern betreut. Da es für Tagesmütterplätze keine Sozialstaffel gibt, haben viele Eltern keine Wahlfreiheit. Obwohl die Gesamtkosten für Krippenplätze wesentlich höher sind, zahlen die Eltern für Tagesmütter dreimal so viel wie für die Kinderkrippe. Ein Beispiel: Ein Ganztagsplatz mit Essen kostet bei der Tagesmutter zirka 300 Euro, in der Krippe zahlen die Eltern dank Sozialstaffel durchschnittlich 100 Euro. Es ist daher dringend geboten, über entsprechende Tarifförderungen auch für Tagesmütterangebote zu reden, damit sie für alle Familien erschwinglich werden. Und die Stadt Graz allein kann das nicht finanzieren. Wenn man bedenkt, dass gut ein Viertel der steirischen Kinder in Graz leben, ist es sicher angebracht, die Mithilfe des Landes Steiermark einzufordern. Die ressortverantwortlichen Landespolitiker müssen daher aufgefordert werden, entsprechend ihren Wahlversprechen, ich denke zum Beispiel an den Powerplan vom Herrn Landeshauptmann, wo die Tarifstaffel bei Tagesmüttern auch vorkommt, die entsprechenden Landespolitiker nun unverzüglich dafür sorgen, dass das Land Steiermark bedarfsgerecht in leistbare Kinderbetreuung investiert. Darf ich nur kurz um Aufmerksamkeit bitten (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), der Antrag bezieht sich nicht nur auf Tagesmütter, sondern es geht auch um das in letzter Zeit immer wieder genannte letzte Kindergartenjahr. Unser Antrag gilt ebenso der Umsetzung der Forderung nach einem verpflichtenden, für die Eltern beitragsfreien Kindergartenjahr vor Schuleintritt und zwar sollen nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund davon profitieren, denn soziale Integration und die Früherkennung von besonderem Förderbedarf im Vorschulalter sind für alle Kinder wesentliche Voraussetzungen für einen guten Start in die Schule und die gedeihliche Entwicklung der Kinder.

Ich darf daher namens aller Fraktionen in diesem hohen Hause den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen. Der Gemeinderat wolle beschließen, dass das Land Steiermark in einer Petition aufgefordert wird,

- 1.) durch die Förderung sozial gestaffelter Beiträge den Eltern unter 3-jähriger Kinder die Inanspruchnahme von Tagesmüttern zu erleichtern
- 2.) ein beitragsfreies verpflichtendes Kindergartenjahr vor Schuleintritt zu ermöglichen.

Danke für eure Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Dankeschön. Nachdem der Antrag gemeinsam von allen Fraktionen gestellt ist, wäre der Gemeinderat Khull-Kholwald der Einzige, der zur Dringlichkeit sich äußern könnte.

GR. **Khull-Kholwald**: unverständlich.

Dr. **Rüsch**: Damit ist alles klar. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Dr. **Rüsch**: Wir kommen zum Antrag selbst, wünscht jemand das Wort, wenn nicht, ist ein Schlusswort gewünscht?

GRin. **Potzinger**: Ob der großen Einmütigkeit nur ein ganz großes Dankeschön (Applaus ÖVP).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Petition an die Bundesregierung „Gentechnikfreie Regionen und Recht auf Selbstbestimmung“

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht uns bei diesem dringlichen Antrag an den Gemeinderat um eine Petition an die Bundesregierung betreffend die Gentechnikfreiheit und ich möchte beginnen mit einer Aussage von Kurt Tucholsky, „Nichts ist schwieriger als sich in offenem Gegensatz seiner Zeit zu befinden und laut und deutlich nein zu sagen. Bei dieser Frage, bei der Frage der Gentechnikfreiheit gibt es weltweit heftige Proteste und diese Auseinandersetzungen, diese weltweiten Auseinandersetzungen zeigen einmal mehr eine der wesentlichen Auswirkungen der Globalisierung, so wie wir sie nicht wollen, nämlich dass auf dem Nahrungsmittelmarkt ein heftiger Kampf tobt um die Unterwerfung und die Vorherrschaft im Nahrungsmittelmarkt, aber auch um die Kontrolle des Saatgutes durch einige wenige multinationale Saatgutkonzerne. Während der österreichischen EU-Präsidentschaft bis zum Juni 2006 fallen auf EU-Ebene wichtige Entscheidungen im Bereich der Gentechnik. So wird vom 4. bis 6. April 2006 in Wien die EU-Konferenz über „gentechnisch veränderte, konventionelle und biologische Feldfrüchte“, die bezeichnenderweise den Namen „Freedom of Choice“ trägt, stattfinden.

Konkret sollen auf der Konferenz die Rahmenbedingungen für ein Nebeneinander von Gentechnik und gentechnikfreier Landwirtschaft festgelegt werden. Wobei gerade die Koexistenzmöglichkeit heftig angezweifelt wird.

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung werden derzeit von der EU gentechnisch veränderte Organismen zugelassen, obwohl die Risiken für die Natur, für Umwelt und Gesundheit nicht einschätzbar sind. Wenn gentechnisch veränderte Organismen angebaut werden, ist es kaum möglich, konventionelle oder biologische Landwirtschaft zu betreiben, ohne dass es nicht zu einer Kontaminierung des ökologischen beziehungsweise konventionellen Bereichs kommt. Weder Versicherungen noch Gentechnik-Unternehmen selbst sind jedoch willens, für entstandene Schäden zu haften.

Nur die Absicherung von gentechnikfreien Regionen durch entsprechende rechtliche und organisatorische Maßnahmen kann den gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Anbau auf Dauer sichern. Eine Mehrheit der Menschen in Europa steht gentechnisch veränderten Organismen sehr kritisch gegenüber und lehnt sie ab. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, welche Vorreiterrolle auch das Land Oberösterreich hat, das gemeinsam mit der Toskana, mit der Region Toskana, eine Antigentechnikallianz gegründet hat und mittlerweile ein Netzwerk geschaffen wurde, wo sehr, sehr viele Regionen, unter anderem Salzburg, Schleswig-Holstein, Wels, Burgenland, also viele, viele Regionen beigetreten sind, um eben ein Verbotsgesetz erwirken zu können.

Befürchtet wird vor allem eine Kontaminierung von konventionellen und ökologischen Anbauflächen. Zahlreiche Gemeinden und Regionen haben sich zusammengeschlossen, sind aber aufgrund der EU-Regelung de facto dazu gezwungen, Gentechnik zuzulassen. Deshalb fordern Umwelt-, Verbraucherschutz und BäuerInnenorganisationen eine EU-rechtliche Absicherung von gentechnikfreien Regionen und das Recht auf Selbstbestimmung, sich zu gentechnikfreien Regionen erklären zu können, was auch für die Steiermark und die Stadt Graz eine zukunftsweisende Option sein muss.

Die österreichische Regierung hat aufgrund der derzeitigen EU-Präsidentschaft die Möglichkeit, sich massiv in die Debatte zum Thema „Gentechnikfreie Regionen“ einzusetzen und einige wichtige Weichenstellungen diesbezüglich in die Wege zu leiten.

Aus diesem Grund stelle ich daher im Namen der Grünen - ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge mit einer Petition an die österreichische Bundesregierung herantreten, sich im Rahmen der EU-Präsidentschaft insbesondere dafür einzusetzen, dass

1. die Wahlfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht von KonsumentInnen und BäuerInnen, die auf Gentechnik verzichten wollen, geschützt werden muss,
2. die Regionen selbst bestimmen können, sich als gentechnikfrei zu erklären und diese Gentechnikfreiheit rechtlich abgesichert wird,
3. die Initiative „GMO-free regions and local areas“, die von zahlreichen Organisationen und Regionen unterstützt wird, aktiv in den Diskussionsprozess für eine EU-weite Regelung einbezogen wird,
4. solange keine klaren Regelungen der in Punkt 1 und 2 ausgeführten Probleme bestehen, keine EU-weiten Zulassungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen gegeben werden dürfen.

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Dringlichkeit: Die Volkspartei stimmt der Dringlichkeit zu.

GR. **Herper**: Die SPÖ stimmt der Dringlichkeit zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Rajakovics** zum Antrag: Wir stimmen der Dringlichkeit zu, weil wir auch einem Teil des Inhaltes zustimmen wollen, Sigi Binder, nur nicht dem Gesamten, daher möchte ich gleich zu Beginn auch dann für die Fraktionen von SPÖ und ÖVP ersuchen, die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen. Zur Information, das ist die Information, die ich mir ausgedruckt habe vom vergangenen Montag. Bei der dritten Vertragsparteienkonferenz zum Cartagena-Protokoll konnten in Curitiba in Brasilien nach jahrelangen Verhandlungen weltweite Kennzeichnungsbestimmungen für gentechnisch veränderte Organismen endlich konkretisiert werden. Die österreichische Präsidentschaft konnte in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission damit einen bedeutenden Erfolg auf globaler Ebene erreichen. Das Cartagena-Protokoll oder auch Biosafety-Protokoll ist ein internationales Abkommen im Rahmen der Biodiversitäts-Konvention, das den Schutz der Umwelt und Gesundheit vor Gefahren durch gentechnisch veränderte Organismen zum Ziel hat. Nach dieser Curitiba-Entscheidung müssen gentechnisch veränderte Organismen, die grenzüberschreitend exportiert werden, genau gekennzeichnet werden, wenn sie unter besonderen qualitätssichernden Maßnahmen, Identity Preservation, produziert werden. Nach schwierigen Verhandlungen vor allem mit Mexiko und Brasilien wurde dieser Kompromiss zum Artikel 182a des Cartagena-Protokolls erreicht, der auch von allen anderen Vertragsparteien, zum Beispiel der afrikanischen und asiatischen Gruppe, mitgetragen wird. Damit wird das Kennzeichnungssystem der EU auf globaler Ebene bestärkt. Damit denke ich, wird deutlich, dass sich die österreichische Präsidentschaft sehr wohl sehr stark dafür einsetzt, dass hier im Bereich der Gentechnik klare Vorschriften herrschen und dass auch der Konsument und die Bäuerln in Zukunft davor geschützt ist, in irgendeiner Form unter Druck zu kommen, gentechnisch veränderte Organismen in irgendeiner Form anbauen zu müssen oder auch konsumieren zu müssen. Daher werden wir dem Punkt die Wahlfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht von KonsumentInnen und BäuerInnen, die auf Gentechnik verzichten wollen, zustimmen und dem Punkt 3, nämlich die Initiative *GMO-free regions and local areas* ist, soweit ich mich erkundigen konnte im Umweltministerium, an diesem Prozess beteiligt und soll es auch weiterhin werden. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Ganz kurz nur, ich kann dem zustimmen, was du gesagt hast, Thomas, aber es geht hier nicht nur um die Kennzeichnungspflicht, sondern es geht um das Verbotsgesetz und da würde ich sehr bitten, die Haltung und den Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Hier gibt es eine klare Ablehnung und ich wundere mich ganz einfach auch deswegen, was eure Ablehnung betrifft, weil euch ja auch sehr klar sein wird, wie vorwärtstreibend hier auch Oberösterreich unter Püringer agiert hat und eigentlich auch sehr viel erreicht hat für sein Land und es geht eben gerade um das Selbstbestimmungsrecht der Regionen. Gerade auch darum, dass Steiermark sagen kann, wir sind eine Region, die gentechnikfrei bleiben will, um diesen bewussten Schritt, um den geht es uns.

Der Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mehr Mehrheit angenommen.

Der Punkt 3 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.20 Uhr den Vorsitz.

8) Zukunft der Stadtwerke

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker:** Der dringliche Antrag, den ich heute stelle, geht zum Thema Stadtwerke und zwar geht es um die bessere Abstimmung der städtischen Strategien in diesem Bereich und der Strategien der stadteigenen Stadtwerke. In den letzten 14 Tagen hat man sehr deutlich wahrnehmen können anhand der Vorgangsweise zur letztendlich gescheiterten Übernahme der „Styrian Spirit“ durch die Grazer Stadtwerke, und das nicht zum ersten Mal, dass es über die Form der „Einmischung“ der Stadt Graz als Eigentümerin in die Leistungserbringung der Grazer Stadtwerke unterschiedliche Vorstellungen gibt. Schon die UCG, wer sich noch erinnert, das war damals dieser sogenannte „Weisenrat“, der vor der Auslagerung der Energieanteile der Stadtwerke befragt wurde und ein umfangreiches Gutachten erstellt hat, ist damals zum Schluss gekommen, ich zitiere jetzt aus dieser Erhebung der sogenannten Einmischungsstrategie der Stadt Graz:

„...Die Stadt Graz hat in den seltensten Fällen die über den Versorgungsauftrag hinausgehenden gemeinwirtschaftlichen Anliegen der Grazer Stadtwerke AG formell (als Auftrag oder auch als Wunsch) zur Kenntnis gebracht und offensichtlich deren Erfüllung durch die Grazer Stadtwerke AG auch nicht erwartet, da sie diese eben auch nicht einmahnt...“. Das ist aus diesem UCG-Erkenntnis aus dem Jahr 2001 und aus unsere Sicht hat sich bis heute nichts geändert nur die Rahmenbedingungen haben sich etwas verschärft.

Da gibt es einige Aktivitäten in der Zwischenzeit, wie zum Beispiel einen Flughafenankauf (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die andiskutierte Ausgliederung des Kanalbauamtes, die mögliche Übertragung der AEVG-Anteile, die wiederholten Tarifierhöhungen, die ja heute auch schon Thema sind, die lassen deutlich werden, dass die Geschäftstätigkeit und die Leistungserbringung durch die Stadtwerke relativ entkoppelt von einem klar deklarierten Willen der Stadt Graz vor sich gehen. Es entsteht irgendwie der Eindruck, dass die Betriebsführung der Grazer Stadtwerke unfehlbar, unantastbar und auch unhinterfragbar ist. Bestätigt hat sich das uns im Beteiligungsausschuss, zum Beispiel als wir letztes Mal eingeladen waren, das war im Winter, als sie sich sehr überrascht zeigten, dass wir uns als neugierige Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht zufrieden gegeben haben mit einem angetragenen Werbefilm über die Stadtwerke, sondern eigentlich sehr neugierig waren und die Herren über

Gebühr und über ihr Zeitprogramm, nämlich eine halbe Stunde hinaus, beansprucht haben.

Zuletzt entzündete sich am Beispiel „Styrian Spirit“ abermals die Frage, welche Geschäftsstrategie, welche Schwerpunktsetzung und welche Entscheidungsgrundlagen vor allem die handelnden Personen zu einer derartigen Vorgangsweise führen. Wie kann es sein, dass sowohl der Vorstand als auch politisch Verantwortliche bis zum dem Tag, nachdem dieser Deal gescheitert ist, nicht gewusst haben, wie es wirklich um die Spirit steht. Heute haben wir erfahren, die würde uns monatlich fünf Millionen Euro Zuschuss kosten aus jetziger Sicht oder vier Millionen, die genau Zahl ist in diesen Sphären, glaube ich, nicht mehr so relevant. Wie kann es sein, dass ein so weitreichendes Geschäft ursprünglich heimlich hätte abgewickelt werden sollen? Wie kann es sein und welche Rolle kommt vor allem den beiden Vorständen zu? Welche Rolle spielt in dem Ganzen die Stadt Graz, spielt sie überhaupt irgendeine? Tagelang hat es keine öffentliche Meinungsäußerung gegeben, irgendwann hat sich dann der Bürgermeister medial gemeldet, vom Beteiligungsreferenten haben wir zu dieser Sache bis heute im Finanzausschuss überhaupt nichts gehört.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Heute schon.

GRin. **Rücker:** Und deiner Meinung nach geht uns die ganze Sache und wäre uns die ganze Sache Styrian Spirit gar nichts angegangen.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Falsch.

GRin. **Rücker:** Wenn so entschieden worden wäre, dass wir nämlich jetzt eine Fluglinie bei den Stadtwerken hätten, dann hätte heute die Stadt indirekt eine maroden Fluglinie im Besitz mit einem längerfristigen ordentlichen Zuschussbedarf - aber es würde uns nichts angehen.

Angesichts dieser zwischen der Eigentümerin Stadt Graz und der Führungsebene der Grazer Stadtwerke AG herrschenden Kommunikationsdefizite, so interpretieren wir das, ist es wenig überraschend, dass es auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel der Verkehrspolitik, das ist immerhin eine der Kernaufgaben im öffentlichen Interesse, immer noch so wenig Abstimmung gemeinsamer Ziele gibt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und längerfristig auch die Gefahr zu bannen, die wir aufkeimen sehen, dass nämlich die Stadtwerke zu einem Feldexperiment städtischer Konsolidierungspolitik noch verkommen, stelle ich namens der Grünen – ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

der aus drei Punkten besteht, könnte also auch unterschiedlich vielleicht doch zugestimmt werden, wenn auch nicht allen. Der Gemeinderat möge beschließen,

1. die Eigentümerinnenvertreter werden beauftragt, an den Aufsichtsrat und den Vorstand der Grazer Stadtwerke AG heranzutreten, um eine abgestimmte Unternehmensstrategie für die Jahre 2006 bis 2011 auszuarbeiten, abgestimmt heißt, zwischen dem was Stadtinteresse ist und zwischen dem was die Stadtwerke als Unternehmensstrategie in diesem Zusammenhang entwickeln,

2. das ausgearbeitete Papier soll den klaren Eigentümerinnenwillen und die nachvollziehbare Unternehmensstrategie auf Basis der bereits längst vorhandenen und auch hier herinnen beschlossenen und oft auch erwähnten, aber leider bis heute nicht umgesetzten verkehrs-, umwelt-, klima- und sozialpolitischen Leitlinien der Stadt Graz, ich erinnere: Ökostadt 2000; kommunales Energiekonzept; verkehrspolitisches Leitbild 2000, das in der GIVE mündete, etc., das sollte beinhaltet werden als Grundlinie, da hat die Stadt sich ja auch deklariert, in welche Richtung die

Politik gehen sollte, das wäre ja auch ein bisschen eine Anlehnung, wo man mit den Stadtwerken durchaus inhaltliche Gesprächsebene finden könnte,

3. die so erarbeitete Unternehmensstrategie wird dem Beteiligungsausschuss bis September 2006 zur Information vorgelegt.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages (*Applaus Grüne*).

GR. **Schmalhardt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Lisa Rücker hat mir in manchen Dingen aus meinem ehemaligen Stadtwerkeherzen gesprochen, es ist wirklich so, dass ein ehemaliger Leitbetrieb der Stadt momentan wirtschaftlich wirklich nicht so gut dasteht, wie der Vorstand in der angeschnittenen Präsentation im Beteiligungsausschuss es darstellen wollte. Auch ich war unangenehm berührt, dass der Vorstand eines so wichtigen und großen Unternehmens der Stadt so schlecht vorbereitet in eine Präsentation geht und total aus dem Konzept kommt bei der Präsentation, wenn sich die Mitglieder des Beteiligungsausschusses erlauben, auf den mir bereits bekannten Film zu verzichten. Also ich glaube, wir haben ja dann gesehen, als wir ins Detail gegangen sind mit der Befragung, also die Information sehr schnell abgebrochen ist. Hier möchte ich jetzt nur zu den Stadtwerken die Gelegenheit benutzen, einige Fakten darzulegen. Die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens ist, wie ich glaube, sehr ernst, die Reststadtwerke haben derzeit eine Verschuldung von 221 Millionen Euro, dem gegenüber stehen noch Reste des 300-Millionen-Euro-Kredites vom Energieverkauf von 190 Millionen. Jetzt wenn der Eigentümer, wie beabsichtigt dieses Kapital abzieht, schaut es bei den Stadtwerken wirklich nicht mehr sehr gut aus. Die Zergliederung des Unternehmens in viele kleine Tochtergesellschaften ist in den letzten Jahren vorangeschritten und der Aufsichtsrat hat in Teile der Geschäftsabwicklung keinen Einblick mehr. Die laufende Beschäftigung von stadtbekanntem Beraterfirmen war auch nicht der Weisheit letzter Schluss und auch dort sind außer hohen Kosten keine echten brauchbaren Strategien herausgekommen. Abschließend möchte ich noch ersuchen, dass wirklich mit offenen Karten gespielt wird bei der Ausgliederung des Kanals und bei der

Mittelverwendung der restlichen 190 Millionen aus dem ESTAG-Deal. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren! Manchmal glaube ich, ich war bei anderen Veranstaltungen. Also von dieser Verunsicherung der Vorstände der Stadtwerke habe ich jedenfalls nichts erlebt, sondern im Beteiligungsausschuss haben die Vorstände der Stadtwerke eine sehr konzentrierte Darstellung der Unternehmenslinie und der Vorstellung und der Arbeit im Konzern Stadtwerke dargestellt. Man kann immer alles kritisch betrachten und man soll und wir dürfen auch als Hauptaktionäre und -aktionärinnen, als Gemeinderat, kritisch uns äußern zu den Aktivitäten, zu den Überlegungen der Grazer Stadtwerke, aber ich bitte die Damen und Herren in diesem Haus um eines, bitte machen wir unser zentrales Unternehmen nicht ständig schlecht (*Applaus SPÖ*). Es muss doch möglich sein, dass man mit einem gewissen Stolz auch auf die gar nicht so schlechten Leistungen der Stadtwerke Aktiengesellschaft blickt, und in den letzten Jahren ist dort auch Hervorragendes geleistet worden. Die Stadtwerke agieren in weiten Bereichen in einem Feld, in dem wirtschaftlicher Erfolg und wirtschaftliche Erträge schwer oder nur kaum zu erzielen sind. Und es bedeutet für die Vorstände, dass sie mit einer besonderen Verantwortung, und auch für den Aufsichtsrat, für alle Organe dieses Unternehmens, mit einer besonderen Aufmerksamkeit und Verantwortung an die Erfüllung dieser Aufträge herangehen müssen. Leider war es in der Vergangenheit aber nicht selten der Fall, dass gerade die politischen Erfordernisse, die an die Stadtwerke herangetragen waren, von der Überlegung getragen waren, noch eine Aufgabe und noch eine Aufgabe, aber die Finanzierung liefern wir nur zum Teil oder gar nicht mit. Und das macht das Wirtschaften in diesem Bereich auch nicht einfacher. Ich habe auch das Gefühl, ich bin bei einer anderen Veranstaltung gewesen, wenn ich höre, Lisa, was du zu Styrian Spirit sagst, weil das ja so der Realität überhaupt nicht entsprochen hat. Faktum ist, dass ein wesentlicher großer Teil des Flughafens, der im Eigentum der Stadtwerke liegt, vor der Insolvenz gestanden ist und dass der Vorstand in seiner Verantwortung daher überprüft hat, mit Hilfe von Experten überprüft hat, welche Möglichkeiten bestehen, einen großen Umsatzverlust abzuwenden und eine der Möglichkeiten und Überlegungen war, ob

es sinnvoll sein kann, in ein Flugunternehmen einzusteigen. Ich persönlich hatte vom Anfang an dazu eine sehr skeptische Grundhaltung. Es hat aber in diesem Haus auch andere Meinungen gegeben, das ist die politische Seite. Es ist aber völlig undenkbar, dass es eine politische Diskussion über die Prüfung eines Geschäftsvorganges gibt, bevor die Grundlagen zu dieser Diskussion überhaupt erst da sind und daher habe ich mich auch nicht geäußert, solange ich keine weiteren Kenntnisse hatte. Und in dem Moment, wo die Entscheidung eigentlich klar am Tisch gelegen ist, sind auch mir, und damit der Öffentlichkeit, die Entscheidungsgrundlagen bekannt gemacht worden. Ich glaube also, dass von heimlich überhaupt keine Rede sein kann, sondern es ist hier sehr korrekt und richtig gehandelt worden in diesem Zusammenhang. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass jedenfalls der Betrieb einer Fluglinie nicht zu den ersten Aufgaben der Grazer Stadtwerke gehören, sehr viel mehr aber die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, um nur ein Beispiel zu nennen. Daher glaube ich, dass hier an und für sich auch eine korrekte und richtige Vorgehensweise in diesem Zusammenhang gewählt wurde. Dass es kein Unternehmenskonzept für die Stadtwerke gäbe oder in den Stadtwerken gäbe, kann ich erst recht nicht nachvollziehen und man muss sich halt einmal mit den rechtlichen Gegebenheiten auseinandersetzen. Es ist Faktum, dass die 1960 gegründete Aktiengesellschaft Grazer Stadtwerke nur einen eingeschränkten Unternehmereinfluss und auch Informationseinfluss zulässt, dass es aber sehr wohl als Interessensvertretung der Aktionäre Organe in dieser Gesellschaft gibt, die wir bestellen, auf die wir einen unmittelbaren Einfluss haben und das tun wir ja auch. Es gibt eine Reihe von Verhandlungen und von Verträgen mit den Stadtwerken und ich muss sagen, in den allermeisten Fällen absolut im Interesse der Stadt, kommt es auch zu Kompromissen und kommt es auch zu Verträgen und kommt es auch zu Vereinbarungen. Dass das nicht der Fall wäre oder wenn das nicht der Fall wäre, dann hätten wir es auch mit einem völlig anderem Unternehmen zu tun und wir würden das auch spüren. Und konkret in nächster Zukunft werden wir auch darüber zu verhandeln haben, wie und unter welchen Umständen und unter welchen finanziellen Rahmenbedingungen wir die Verkehrsdienstleistungen der Stadt aufrecht erhalten können. Ich bin also durchaus zuversichtlich, dass wir im Rahmen dessen, was wirtschaftlich und gesellschaftsrechtlich möglich ist, in einer guten Art und Weise dieses Unternehmen steuern können und ich bin durchaus, das möchte ich auch

gleich hier dazusagen, zu jeder weiteren Diskussion bereit, eine Dringlichkeit dieses Stückes kann ich aber wohlgerne nicht erkennen und ich sage noch einen letzten Satz zu Styrian Spirits, ich weiß nicht, woher du die Behauptung nimmst, dass die Politik im Falle eines Einstieges der Stadtwerke nicht mit diesem Einstieg und mit diesem Engagement beschäftigt worden oder konfrontiert worden wäre. Nach meinem Wissensstand wäre es selbstverständlich so gewesen, dass wir über dieses Thema hier gesprochen hätten, wir sprechen jetzt drüber, wo es nicht zu diesem Engagement kommt, wir hätten auch darüber gesprochen und hätten ein wesentliches Wort mitzureden gehabt, wenn es zu dem Engagement gekommen wäre. Daher ist auch diese Behauptung aus meiner Sicht aus der Luft gegriffen. Eine Dringlichkeit ist aus unserer Sicht jedenfalls nicht gegeben (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich kann, ich will nicht sagen ausnahmsweise, aber tatsächlich fast nahtlos an Kollegen Riedler anschließen, dieser Antrag strotzt tatsächlich vor oberflächlichen Darstellungen...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Lisa, schäm dich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: ...und mehr als verkürzten Sachverhalten und ich denke, dass das durchaus bewusst geschehen ist und das würde auch nichts daran ändern, wenn die Grünen im Aufsichtsrat der AG vertreten wären, weil da handelt es sich, oder ich kann es nicht nachvollziehen, dass es sich hier ausschließlich um Informationsdefizite handeln kann. Ich werde nicht auf alle Punkte eingehen, einen werde ich am Ende kurz erwähnen, den auch der Kollege Riedler schon erwähnt hat, nämlich die Styrian Spirit. Zum Antrag selbst möchte ich nur sagen, selbstverständlich haben die Grazer Stadtwerke eine abgestimmte Unternehmensstrategie, die wurde 2003 vom Aufsichtsrat beschlossen bis 2011, die ist auch Basis für den jährlichen Wirtschaftsplan und für die mittelfristige

Unternehmensplanung und darüber hinaus gibt es selbstverständlich auch für die kurzfristigen Ziele ein Strategiekonzept. Und in dieser Unternehmensstrategie sind natürlich auch alle aktuellen verkehrs-, umwelt-, klima- und sozialpolitischen Leitlinien der Stadt Graz berücksichtigt und nach unternehmerischen Zielsetzungen auch eingearbeitet. Und selbstverständlich ist sowohl Vorstand wie auch Aufsichtsrat bemüht, zum Wohle der Gesellschaft die Eigentümerinteressen in ihren Geschäftsfeldern bestmöglich zu berücksichtigen und umzusetzen und letztendlich hat der Eigentümer ja die Möglichkeit, seine Interessen in der Hauptversammlung einzubringen und darüber hinaus finden tatsächlich auch Arbeitsgespräche mit den Eigentümerversprechern, aber auch mit den jeweils befassten Stadtsenatsmitgliedern statt. In diesem Sinne erkennen auch wir seitens der Volkspartei überhaupt keine Dringlichkeit für diesen Antrag und er wäre auch inhaltlich abzulehnen. Aber nur jetzt noch einige Worte zu Styrian Spirit, hier muss ich einfach noch was dazu sagen, weil dieser Antrag stellt den Vorstand und den Aufsichtsrat der Stadtwerke ja nahezu als völlig überfordert und hilflos dar. Selbstverständlich ist diese Fluglinie, die jetzt insolvent ist, ein ganz, ganz wichtiger Partner des Flughafens Graz, der ja zu 100 % den Stadtwerken gehört, drei Millionen Erlös im Jahr, die dann eben nicht mehr da sein werden und darum war es für die Verantwortlichen der Stadtwerke auch ein wesentliches Ziel, die Rahmenbedingungen abzustecken, unter denen man eine Fortführung der Styrian Spirit gewährleisten kann. Aber es war vom Anfang an klar, dass dies nur geschehen kann, wenn Altlasten weg sind, die von dritter Seite, im konkreten Fall vom Land Steiermark, übernommen worden wären und auch darüber hinaus der Salzburger Flughafen verstärkt in diese Linie eingestiegen wäre. Die Stadt Graz wäre somit nicht indirekt Besitzer einer maroden Fluglinie geworden, sondern hätte damit ihr Geschäftsfeld Flugverkehr und Flughafen viel mehr, weil wir eben 100-Prozent-Eigentümer sind des Flughafens, gestärkt, weil dort die Stadtwerke auch jenes Geld verdienen können, das sie brauchen, um nicht so erfolgreiche Geschäftsfelder wie den öffentlichen Verkehr, wie die Freizeitbetriebe, wie die Bestattung oder die Schöckelseilbahn querfinanzieren kann und das macht Sinn und das erscheint mir sehr wohl als Unternehmensstrategie, die auch im Interesse des Eigentümers der Stadt Graz gelegen ist (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Ich werde auf zwei Punkte noch eingehen, die vor allem du, Wolfgang Riedler, angesprochen hast. Der Widerspruch, der uns beide immer wieder aneinanderbringt in dieser Frage ist, dass du manchmal von der Aktiengesellschaft redest und von den rechtlichen Rahmenbedingungen, die es nicht möglich machen, sich stärker einzubringen und dann in einem nächsten Atemzug, in einem nächsten Satz sagst, man soll sich keine Sorgen machen, wir steuern. Du hast wortwörtlich gesagt, die Stadt steuert die Stadtwerke. Und wenn ich von einer Unternehmensstrategie gesprochen habe, dann habe ich davon gesprochen von einer, wie du eh drauf eingegangen bist, wo ich aber momentan die Praxis dazu vermisste, eine Unternehmensstrategie die mit den städtischen Zielen abgestimmt ist. Das ist eine Unternehmensstrategie der Stadtwerke gibt, das hoffe ich wohl, das weiß ich auch. Aber mir fehlt die Verzahnung und die Abstimmung auf die aktuellen Anforderungen und eine aktuelle Anforderung ist einmal keine Fluglinie und darüber hätten wir hier auch diskutieren sollen und es war auch mein Bedürfnis, als ich dich gebeten habe, diesen im Beteiligungsausschuss einzubringen, weil es ein städtisches Interesse sein kann zu überlegen, ist es überhaupt etwas, was wir in Erwägung ziehen sollen, ist es was, was im städtischen Interesse ist, schließlich ist das eine städtische Firma, das war mein Anliegen und damit bin ich gescheitert, wie eben heute auch. Ich denke, ich werde da weiterhin lästig bleiben, ich möchte diesen Widerspruch endlich einmal auf den Boden bringen, was es jetzt wirklich bedeutet als Stadt die Interessen der Eigentümerin in die Stadtwerke einzubringen und ich habe hier wieder gesehen an der Reaktion, dass, wenn ihr auch abstreitet, das, was im Antrag steht, stimmt, was sicher stimmt im Antrag ist, dass offensichtlich die Stadtwerke unantastbar sind. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Steirischer Verkehrsverbund Tariferhöhung

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Die Order ist ausgegeben. Nächster dringlicher Antrag von mir. Es geht um den steirischen Verkehrsverbund und die Tariferhöhung. Sie alle haben das aus der Zeitung erfahren, dass der Verkehrsverbund die Tarife erhöht und als Grüne Politikerin ist das für mich gerade das falscheste Signal in einer Zeit, wo wir doch alles tun sollen, um möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, die öffentlichen Verkehrsmittel als alternative Mittel zum individuellen Autoverkehr anzunehmen. Die Feinstaubbelastung ist für die Grazerinnen und Grazer tatsächlich zum eklatantesten Gesundheitsproblem der letzten Jahre geworden und es gibt viele verschiedene Studien und man kann auch Kritik an diesen Studien anbringen, aber immerhin sagt die letzte Studie, die in die Öffentlichkeit gelangt ist, dass Feinstaub auch sehr viele Todesopfer fordert und nicht nur das, sondern auch die Lebenserwartung empfindlich kürzt, zum Beispiel in der Steiermark, wie Sie alle lesen konnten, sogar um 17 Monate.

Die Stadt Graz versucht nun seit knapp zwei Jahren, durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket die Feinstaubwerte zu senken. Abgesehen davon, dass es zur Zeit eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer quantitativ ausgerichteten Messmethode gibt, wie es auch immer wieder im Gemeindeumweltausschuss diskutiert und besprochen wird, müssen wir auch seriöserweise eingestehen, dass all die punktuell gesetzten Maßnahmen bisher nicht die gewünschte Wirkung gezeigt haben. Wir weisen allein in diesem Jahr schon 58 Tage mit Überschreitungen aus.

In dieser prekären Situation sämtliche Maßnahmen einerseits zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und andererseits zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs zu ergreifen, ist unhinterfragt oberstes Gebot der aktuellen städtischen Verkehrspolitik. Es gilt eben jene Menschen, die schon jetzt auf die Vorteile der öffentlichen Verkehrsmittel vertrauen beziehungsweise angewiesen sind mit bestmöglichen Angeboten und Komfort zu belohnen und jenen, die noch nicht auf den ÖV umgestiegen sind, Anreize zu bieten, das raschest nachzuholen. Klar ist aber auch, dass wir als politische VerantwortungsträgerInnen nicht nur

sympathischen Pull-Maßnahmen setzen können, sondern auch Push-Maßnahmen ergreifen müssen.

Die vor wenigen Tagen für Juli angekündigte Tariferhöhung des Steirischen Verkehrsverbundes ist unter dieser Prämisse ein inakzeptabler Schritt in die völlig falsche Richtung. Eine Verteuerung der ÖV-Tarife in Anbetracht der stetigen Zunahme des motorisierten Individualverkehrs und der damit einhergehenden gesundheitlichen Belastung der Bevölkerung stellt nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich gesehen einen unwiederbringlichen Schaden dar. Die Stadt Graz als Trägerin des Gemeinwohls und Eigentümerin der Grazer Stadtwerke AG hat hier die Verpflichtung, sich aktiv in die Preispolitik für die öffentlichen Verkehrsmittel im Sinne einer ökologischen Lenkungsmaßnahme einzubringen und dafür zu sorgen, dass die Tarife für Straßenbahn und Bus ein kostengünstiges und attraktives Angebot für die ÖV-Nutzerinnen darstellen.

Insbesondere ist darauf Bedacht zu nehmen, die mittel- und langfristige Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel (Jahres- und Monatskarten) deutlich zu vergünstigen und gleichzeitig flexible Kombinationsvarianten, also Parken & öffentlicher Verkehr, Kultur & öffentlicher Verkehr, Freizeit & öffentlicher Verkehr und Jobticket, für gelegentliche Nutzerinnen mit unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen zu schaffen. Analog zur Partikelfilterförderung, deren Auswirkung auf die Feinstaubreduzierung bereits kritisch hinterfragt wird, und wo sehr viel Geld bis jetzt hineingeflossen ist, scheint es uns daher wesentlich, nicht nur keine Tariferhöhungen für GVB-BenutzerInnen zuzulassen, sondern vor allem die ZeitkartenbenutzerInnen durch Herabsetzung des Tarifs um ein Drittel zu unterstützen. Immerhin zahlen in Graz die Jahreskarten-BenutzerInnen in Relation gesehen wesentlich mehr als zum Beispiel in Vorarlberg. Graz, da fahren die Menschen 12 Monate mit ihrer Jahreskarte und zahlen 9 1/2 Monate, während in Bregenz 12 Monate gefahren wird und nur acht Monate bezahlt werden.

Diese Aufgabe muss gelingen, wenn die Stadt Graz die Feinstaubproblematik und ihre Folgen ernsthaft in den Griff bekommen will. Teilnahmslosigkeit und Phlegma von PolitikerInnen sind fehl am Platz.

Aus diesem Grund stelle ich heute im Namen der Grünen – ALG den

D r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen,

die EigentümerInnenvertreter und die zuständigen Stellen der Stadtbaudirektion und der Finanzdirektion werden beauftragt, an den Aufsichtsrat und den Vorstand der Grazer Stadtwerke AG heranzutreten, um ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das

1. die für heuer geplante Tarifierhöhung der Verbundlinien zumindest für die GVB gegenstandslos macht,
2. die Einrichtung eines attraktiven Angebotes für ÖV-Kombinationstickets ermöglicht,
3. eine mittelfristige Verbilligung der GVB-Jahreskarte um bis zu einem Drittel anstrebt (*Applaus Grüne*).

GR. **Slamanig** zur Dringlichkeit: Ich melde mich jetzt zur Dringlichkeit, weil ich also vermute, dass die möglicherweise nicht die Mehrheit kriegt und will eine kleine Anmerkung dazu machen. Das Problem schieben wir alle miteinander vor uns her, jede Maßnahme, die bis jetzt vorgeschlagen wurde, hat im Wesentlichen nicht gegriffen und ich bin vollinhaltlich der Meinung, dass das falsche Signal ist, wenn also Tarife erhöht werden. Ich bin, glaube ich, auf diesem Pult schon einmal gestanden und habe darauf hingewiesen, dass in Schweden der Versuch bei den Staatsbahnen gemacht wurde und dort wurde der Tarif um 50 % herabgesetzt, mit dem Ergebnis, dass weit mehr als 90 % Steigerungsraten zu erzielen waren für die Staatsbahnen in Schweden und jetzt sind das natürlich Aktiengesellschaften, die im Bund wirken und Generaldirektoren, die überlegen, wie sie mit den Kosten herkommen und die öffentliche Hand hat also nicht unbedingt das Interesse, also dort noch weiterhin zuzuschießen, also beißt sich sozusagen die Katze, die

berühmte, immer in den Schwanz. Jetzt weiß ich ganz genau, wenn ich auch gestern den Kollegen Fischer von der Verkehrsplanung gesehen habe, wie er mit allen Mitteln versucht, diesen Teufelskreis durch einen Masterplan zu durchbrechen und wir können den wirklich Betroffenen keine einzige Lösung anbieten und schlagen uns Jahr für Jahr mit derselben Problematik herum und ich bin ganz felsenfest davon überzeugt, dass es nächstes Jahr, wenn wir die Raten ansehen werden, wie oft die Feinstaubproblematik noch zuschlagen wird in Graz, noch schlechter dastehen werden als heuer, und die Bürgerinnen und Bürger sind aber auch nicht bereit, auch auf jene Fahrten mit dem motorisierten Individualverkehr zu verzichten, die also unsinnigerweise stattfinden. Schlussendlich will ich anmerken, dass es darüber hinaus nicht nur wichtig wäre jetzt nach einer Überlegung, wie kann ich den öffentlichen Verkehr wirklich fördern und zwar auf Kosten des motorisierten Individualverkehrs, eine Umweltabgabe einzuheben, damit einerseits der öffentliche Verkehr billiger und attraktiver gemacht werden kann, was ja unbestreitbar sein muss und gleichzeitig die Barriere für die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt erschwert. Und dort sollte man hin und ich wünsche mir halt, dass dieser Antrag wirklich eine Wirkung hat, dass also die Entscheidungen beim Verbund noch einmal überdacht werden und dass man da ein konstruktives im Interesse eines Ballungszentrums entsprechendes Konzept vorlegt. Bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Sigi, Frau Klubobfrau, es gibt eine einmal formale Unrichtigkeit. Kollege Slamanig hat es eh angesprochen, die Grazer Stadtwerke können in der derzeitigen Situation des Verkehrsverbundes in der Steiermark nicht von sich aus einseitig Tarife verändern, erhöhen oder senken, das heißt, das ist eine Angelegenheit der Kooperationsgemeinschaft der Verkehrsunternehmer und des Verkehrsverbundes. Zunächst einmal nur zu diesem formalen Teil. Inhaltlich sind die Tarife und hier vor allem die Zeitkarten, die Monats- und die Jahreskarten der Kernzone Graz im Vergleich mit den anderen Großräumen, Großkernzonen in Österreich bei weitem am günstigsten. Die Bandbreite liegt hier bei der Monatskarte bei unter 30 Euro und knapp über 280 Euro die Jahreskarte in Graz und die teuersten gehen hinauf, zum

Beispiel Wien, bei 409 Euro für die Jahreskarte und 45 Euro für die Monatskarte. Und dann muss man auch ganz wesentlich erwähnen, dass vor einigen Jahren die Tarife bei den Zeitkarten ganz wesentlich gesenkt wurden, nämlich um bis zu zwei Drittel. Und die Kooperationsgemeinschaft der Verkehrsunternehmen und der Verkehrsverbund hat die Möglichkeit, hier Indexanpassungen durchzuführen und das muss man dem Unternehmen zu einem gewissen Grad auch zugestehen. Es gibt Erhöhungen der Energiekosten, die sonstigen Kosten steigern sich jährlich, wir haben vor allem ein wesentliches Straßenausbauprogramm in Graz, wir bauen drei Linienenerweiterungen, wir brauchen neue Straßenbahnzüge, also das Defizit der GVB ist kein kleines und wenn wir hier zu weiteren Tarifsenkungen kommen müssen, das heißt, nicht zusätzliche moderate leichte Indexanpassungen zulassen, wird sich dieses Defizit jährlich um 600.000,- bis eine Million erhöhen. Ich glaube, dass es besonders wesentlich ist, sowohl die bestehenden Kunden mit Qualität und Quantität bei der Stange zu halten, das ist die Qualität der Linienführungen, der ÖV, der Garnitur und der Straßenbahngarnituren usw., usw., das ist entscheidend, genauso auch wie die Quantität des Angebotes. Und es ist nicht nur entscheidend für die Stammkunden, die die Zeitkarten haben, sondern es ist auch entscheidend, um neue Kunden anzuziehen und eben den entscheidenden Wechsel im Modal Split herbeizuführen. Dann möchte ich noch eine Studie des VCÖ, den ihr ja, glaube ich, sehr schätzt, zitieren, die letzte Woche veröffentlicht wurde. Hier weist der VCÖ ganz eindeutig darauf hin, dass die Öffis in ganz Österreich, aber natürlich auch in der Steiermark, bedeutend billiger sind als die Nutzung dieser Verkehrswege mit dem Auto. Also das heißt, der öffentliche Verkehr wird ganz ordentlich, ganz dramatisch, muss ich sagen, subventioniert und bei uns in der Steiermark auch zu einem ganz besonderen Maße. Ich denke, es ist einfach entscheidend, das Qualitäts- und das Quantitätsangebot aufrecht zu erhalten und auszubauen und hier sind die wenn auch natürlich grundsätzlich unerfreulichen Tariferhöhungen, es ist jede Tariferhöhung nicht erfreulich, aber diese moderaten Indexanpassungen eine Möglichkeit, die man dem Unternehmen zugestehen muss. Aus diesem Grund lehnt die ÖVP-Fraktion die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Also die Besorgnisse und Sorge wegen der Feinstaubbelastung ist uns ja allen sehr, sehr bewusst und es gibt ja die Beispielwirkung und die Beispielhaftigkeit der Landeshauptstadt Graz seit Jahr und Tag. Nicht nur über das Umweltressort, sondern vor allem auch über die Initiativen des Gemeindeumweltausschusses unter Vorsitz von Günter Getzinger, der sehr initiativ ist und wo wir ja gemeinsam, ich weiß es ja ganz genau, Sigi, quer durch alle Fraktionen Initiativen setzen und animieren, Beschlüsse fassen, hier in den Gemeinderat bringen, die ja wesentlich zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung beitragen helfen und wo sich auch das Land orientiert. Und Kollege Hammer ist ja auch so ein Beispiel dafür. Das ist die eine Seite der Medaille, die zweite ist, wir wissen ja alle, dass das Ressort Wegscheider und natürlich auch das Ressort Edlinger als Verkehrsverantwortliche im Land in Verhandlungen stehen gemeinsam mit der Stadt, Stadtwerken, GVB und den Ressorts, damit wir in Hinsicht auf die Maßnahmen, die ab Herbst zu setzen sein werden und die sehr hart sein werden und wo es entsprechende Alternativen im öffentlichen Verkehr geben wird müssen vom Park&Ride bis zum Angebot, dass es hier sozusagen ein Gesamtpaket geben muss und dass man hier sozusagen nicht mit Einzelvorstößen kommen darf und kommen soll, das wäre unseriös. Hier ein wenig nachzujustieren, dort ein wenig vorzujustieren und dort ein wenig, sozusagen, am Rad zu drehen, wir müssen gemeinsam ein Paket schnüren, Stadt und Land und die verantwortlichen Ressorts und die Verkehrsbetriebe nämlich Steiermark – Graz, dass wir auch die Feinstaubbelastung und vor allem den Transport der Pendler, die den Umstieg wirklich organisieren und ermöglichen am kommenden Herbst, wenn es zu diesen Belastungstagen kommen wird. Das ist die eine Seite der Medaille, wo ich dagegen bin, dass man jetzt sozusagen vorweg schon einzelne Vorstöße plant, ohne das Gesamtmaßnahmenprogramm in Angriff zu nehmen. Die zweite ist, der Arbeitsausschuss der Verkehrsbetriebe Steiermark sieht sich ja veranlasst, und das ist ja kein Geheimnis, das trifft ja den Individualbesitzer von Autos detto oder sonstige, dass die gestiegenen Treibstoffpreiserhöhungen vor allem im Gegensatz stehen zu den Umsatzerlösen und trotz Erhöhung der Fahrgastzahlen, obwohl mehr ÖV-Nutzer in der Steiermark und im Raum Graz unterwegs sind, entwickelt sich die Kostenexplosion vor allem bei den Treibstoffen genau spiegelverkehrt zu den Möglichkeiten der Umsatzerlöse und deswegen sind die Kosten für die steirischen Verkehrsunternehmen rapide gestiegen und die müssen natürlich abgedeckt werden

im Interesse der Leistungsfähigkeit, im Interesse der Aufrechterhaltung der Qualität der Verkehrsdienstleistungen heute und für die Nutzer von heute und auch im Hinblick auf die Gewährleistung des Steirischen Verkehrsunternehmensaufkommens für alle Fahrgäste in Graz und darüber hinaus. Und deswegen ist es, glaube ich, auch wichtig festzuhalten, dass es eine Möglichkeit ist, eine moderate Erhöhung mitzutragen, vor allem was der Kollege Mayr schon angeführt hat. Ich habe mir das heute noch einmal ausgedrückt, 30.3., ich habe mir die Kernzone Wien, die Kernzone Graz, die Kernzone Linz, die Kernzone Salzburg, den Stadtverkehr Innsbruck und den Stadtverkehr Klagenfurt von der Einzelfahrt über die Streifenkarten über die 24-Stunden-Tageskarte, Wochen-, Monats-, Jahreskarte noch einmal durchgesehen und verglichen und feststellbar ist über weite Strecken, wir sind neben allen anderen österreichischen Bundesländer-Hauptstädten und Kernzonen im Vergleich die niedrigsten und ich glaube, das muss man anerkennen und in dem Sinne meine ich, weil es ein Gesamtpaket geben muss zur Feinstaubbekämpfung und vor allem für die Organisation muss es ein gemeinsames Stadt-Land-Maßnahmenpaket geben und weil es eine Kostenexplosion gibt bei den Steirischen Verkehrsbetrieben, tragen wir eine solche Entscheidung mit und werden deshalb der Dringlichen als SPÖ-Fraktion nicht die Zustimmung geben (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Die Fahrgäste werden es euch danken.

GRin. **Binder:** Ich habe das Schlusswort. Tut mir Leid, dass dieser Antrag nicht angenommen wird. Große Worte, Herr Kollege Karl-Heinz Herper, große Worte um gemeinsame Pakete, die geschnürt werden müssen. Ganz große politische Worte über die Notwendigkeit von Stadt und Land und wie wir die Gespräche und die Verhandlungen führen müssen, das kenne ich nun schon seit Jahren, ihr habt jede Möglichkeit, Karl-Heinz Herper, Klubobmann der SPÖ, ihr hattet jede Möglichkeit in den letzten Jahren und ihr habt nichts gemacht, nichts. Es gab keine,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Stimmt ja nicht.

GRin. **Binder:** Herr Riedler geht hinter mir vorbei, leger und sagt, es stimmt ja nicht, nur wenn sie so viel Erfolg gebracht haben diese Gespräche, die ihr geführt habt bisher, ja wann kommt dann endlich einmal der Bericht in den Gemeinderat und wann bitte merken die Menschen endlich einmal, dass da wirklich etwas weitergeht? Also ich sage, ihr könnt anderen ein Schlummerlied vorsingen über eure Pakete, uns nicht, wir werden zwar gähnen, aber einschlafen werden wir nicht über solche Worte. Herr Kollege Mayr, wir sitzen gemeinsam auch im Gemeindeumweltausschuss. Wien ist zitiert worden von dir, auch vom Klubobmann der SPÖ, Wien hat ein wesentlich anderes Angebot, ihr habt euch nur eine Statistik herausgeholt, eine andere Statistik beweist, leider konnte ich sie nicht jetzt in der Eile herüberbringen, aber ich werde es euch noch beweisen, Herr Finanzstadtrat, eine andere Statistik beweist ganz klar, dass in den letzten Jahren und zwar zwischen 1994 und 2004 gerade die Monats- und die JahreskartenbenützerInnen mehrmals zur Kassa gebeten wurden und das ist das, was wir angreifen.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Inflation.

GRin. **Binder:** Das hat nichts mit der Inflation zu tun gehabt, sondern ganz schlicht mit Erhöhung der Tarife für jene, die verlässlich die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Qualität und Quantität, ich warte darauf, Peter Mayr, dass diese, was im Innenstadtbereich durchaus funktioniert und da bin ich vollkommen bei dir und bei jenen, die sagen, Innenstadtbereich ist gut versorgt mit öffentlichem Verkehr, aber, und das sollten wir schleunigst bedenken, die Stadtplanungspolitik ist heute eine ganz andere, die geht in Richtung Siedlungen außerhalb der Zentren weit draußen an den Stadtrand, wo es ganz, ganz schlechte miese Bedingungen gibt und wo unsere Verkehrsbetriebe, und das vermisse ich sehr wohl an der Grazer

Verkehrspolitik, wo es kaum wirklich ein Konzept gibt, das darauf hinausläuft, was tun wir, wenn die Siedlungsgebiete immer weiter hinausrücken. Da gehört auch ein anderes Denken dazu. Ja, es tut mir Leid, wir von den Grünen werden vieles jetzt unternehmen in der Öffentlichkeit, weil wir wissen aus vielen Gesprächen, dass die Bevölkerung mit dieser Tarifierhöhung nicht einverstanden ist, wir werden sehen, wie diese Entwicklung weitergeht.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.